

Rhein-Zeitung

www.rhein-zeitung.de



Eine Frau mit vielen Facetten

Schlagersängerin Mary Roos feiert 70. Geburtstag. *Panorama*

Ärztenot im AK-Land: Die Politik sucht nach richtiger Behandlung

Heute kommt die Ministerin. *Seiten 15/21*

Man lebt nur einmal?

Dreharbeiten für „Bond 25“ mit Daniel Craig beginnen. *Kultur*



MITTWOCH, 9. JANUAR 2019 | 74. JAHRG. | NR. 7

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG - SEIT 1946

5915 | H | KREIS ALTENKIRCHEN | 1,90 EURO

20-Jähriger aus Hessen gesteht Datendiebstahl

Das Motiv des Schülers ist noch unklar

■ **Berlin/Wiesbaden.** Der Datendieb ist gefasst: Hinter dem bundesweiten Cyberangriff steckt nach den Ermittlungen der Behörden ein 20-jähriger Schüler, der seinem Ärger über Politiker und Prominente Luft machen wollte. Der junge Mann aus Hessen habe sich gezielt Opfer ausgesucht, deren Äußerungen ihm missfielen, sagte Oberstaatsanwalt Georg Ungefuk von der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Innenminister Horst Seehofer (CSU) wies den Vorwurf zurück zu lang-



„Die zuständi-

Vorbestraft ist er aber nicht. Er war am Sonntagabend vorläufig festgenommen worden, wurde nach einem Geständnis am Montagabend aber auf freien Fuß gesetzt. Es bestehe keine Fluchtgefahr und er habe „über seine Taten hinaus“ Hilfe bei der Aufklärung geleistet, sagte Oberstaatsanwalt Ungefuk. Nach Angaben der Behörden wohnt der 20-Jährige noch bei seinen Eltern. Juristisch gilt er als Heranwachsender und könnte noch nach Jugendstrafrecht verurteilt werden. Seine Hacker-

Leiser Rocker



Kompakt

Prügelattacke auf AfD-Politiker

■ **Bremen.** Der Landesvorsitzende der AfD Bremen, Frank Magnitz, ist von mehreren Personen angegriffen und schwer verletzt worden. Die Polizei geht von einer politisch motivierten Tat aus, auch das Bundeskriminalamt ermittelt. Die genauen Hintergründe sind aber noch unklar. Politiker aller Parteien reagierten entsetzt auf die Tat. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schrieb in einem Brief an den Verletzten: „Jede Form der Gewalt gegen Mandatsträger ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat. Dem müssen wir uns geeint und entschlossen entgegenstellen.“

Forum: Kommentar
Mehr auf Politik

Kommunalwahl: Frauen verzweifelt gesucht

■ **Rheinland-Pfalz.** Nicht einmal eines von fünf Mandaten in den Kommunalparlamenten von Rheinland-Pfalz wird von einer Frau besetzt. Der Frauenanteil ist mit 18,7 Prozent nach An-

Ärztemangel: Die Bauchschmerzen der Politik

Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler will Versorgung der Patienten sicherstellen - CDU: Haben seit Jahren gemahnt

Von unserem Redakteur Andreas Neuser

■ **Kreis Altenkirchen.** Auch in der Politik wird das Thema Ärzteversorgung in Betzdorf diskutiert. Wir haben Stimmen eingefangen:

Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) ist besorgt, da die Betzdorfer Gemeinschaftspraxis Schmidt/Kerschbaum Ende März schließt. Immerhin werden dort gut 3000 Patienten betreut. „Mein Ziel ist, dass die hausärztliche Versorgung der Patienten der Region sichergestellt ist. Ich erwarte von allen Beteiligten, dass es gemeinsam gelingt, eine Lösung zum Wohle der Patienten zu finden. Niemand soll sich darum Sorgen machen, ohne Hausarzt zu sein“, erklärt die im AK-Land lebende Ministerin auf Nachfrage der Rhein-Zeitung. Auf Initiative der Ministerin findet am heutigen Mittwoch in Betzdorf ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Vorsitzenden der Kreisärzteschaft und dem Betzdorfer Bürgermeister statt.

Gegenüber der Rhein-Zeitung verdeutlicht Bätzing-Lichtenthäler, dass die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung ein zentrales Anliegen der Landesregierung sei. Zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung seien in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Ganz aktuell habe Mainz einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Landarztquote vorgelegt, bei der sich Bewerber verpflichten, sich im Anschluss an das Medizinstudium in der Fachrichtung der Allgemeinmedizin weiterzubilden und dann eine Tätigkeit in einem unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten Gebiet aufzunehmen. Dadurch würden bis zu 10 Prozent aller rheinland-pfälzischen Medizinstudenten an genau die freien Hausarztsitze gebunden.



Die hausärztliche Versorgung der Patienten in der Region Betzdorf bereitet Bauchschmerzen.

Foto: dpa

Neben der Abinote sollen auch andere Kriterien den Zugang zum Medizinstudium ermöglichen.

Ebenso gebe es, so Bätzing-Lichtenthäler, inzwischen zahlreiche Förderprogramme, um Ärzte aufs Land zu bekommen. So könnten zum Beispiel in der Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain Hausärzte, die sich dort neu niederlassen, eine Förderung von derzeit 15 000 Euro erhalten.

Für den heimischen **Bundestagsabgeordneten Erwin Rüdell (CDU)**, der auch **Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im Bundestag** ist, ist die nun entstehende Situation in Sachen Hausärztemangel in Betzdorf kein Einzelfall in Rheinland-Pfalz.

Die Situation habe sich schon lange angekündigt. „Ich fordere seit rund acht Jahren eine Steigerung der Zahl der Medizinstudenten um mindestens 20 Prozent. Heute müssten es schon mehr als 30 Pro-

zent sein“, verdeutlicht Rüdell, der auch klar macht, dass er seit mindestens fünf Jahren eine Landarztquote fordere. „Das Land hat diese Entwicklung und diese Forderungen sträflich ignoriert.“ Etwas Hoffnung setzt Rüdell auf das am 1. April in Kraft tretende Terminservice- und Versorgungs-gesetz (TSVG) des Bundes. Hier werde geregelt, dass zukünftig Ärzte, die überdurchschnittlich viele Pa-

tienten versorgen wollen, nicht mehr finanziell bestraft, sondern finanziell belohnt werden (mehr Geld für neue Patienten). Gleichzeitig soll die Vergütung für alle Patienten auf dem Land deutlich verbessert werden. Darüber hinaus seien Strukturveränderungen notwendig, so

Rüdell: Mobile Arztpraxen, in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) angestellte Ärzte, die von gut ausgebildeten Gemein-deschwestern bei Hausbesuchen unterstützt werden, nennt er als Bei-

spiele. Aber auch den Ausbau der Telemedizin mahnt Rüdell an.

Dr. Peter Enders (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit im rheinland-pfälzischen Landtag, findet, dass das Land versagt habe. Seitens der CDU sei seit 2004 immer wieder auf die Probleme hingewiesen worden. Doch das Land habe das nicht ernst genommen. Auch ein Antrag Anfang 2018, die Zahl der Studienplätze um 10 Prozent zu erhöhen, sei verworfen worden. Mitte des Jahres 2018 habe die CDU dann eine Landarztquote ins Gespräch gebracht, die dann später in verwässerter Form bei der Landesregierung aufgetaucht sei.

Eine Lösung, so Enders, sei nur langfristig möglich. 1989 gab es in Westdeutschland rund 12 000 Studienplätze im Bereich Medizin. Nach der Wiedervereinigung waren es 16 000. Doch dann folgte der Abbau auf heute rund 10 000 Plätze. Deshalb müssten dringend wieder mehr Studienplätze zur Verfügung gestellt werden. Nun kurzfristige Änderungen hinzubekom-

men, das sei schwierig. Enders schlägt vor, über eine Ausweitung der Zeiten der Bereitschaftsdienstzentrale in Kirchen nachzudenken. Im Idealfall sollte sie rund um die Uhr besetzt sein.

Für die **Bundestagsabgeordnete Sandra Weeser (FDP)** aus Betzdorf ist die aktuelle Situation vor Ort „kritisch, aber absehbar“. Bereits seit 2012 sei im Kreis die Problematik bekannt. Die lokale Situation werde sich noch weiter verschärfen. „Meines Wissens nach sind zehn weitere Ärzte im Alter von über 65 Jahren noch als Einzelkämpfer aktiv.“ Für Weeser muss die lokale Ärzteversorgung Chef-sache sein. Die Kommune habe in der Vergangenheit nicht richtig investiert und damit den Landärztemangel in Kauf genommen. „Hier sind der Bürgermeister und der Landrat gefragt.“ Die Verbandsgemeinde Asbach (Kreis Neuwied), die 100 000 Euro für neue Ärzte auslobte, führt Weeser als positives Beispiel an.

Mehr zum Thema auf Seite 21

Trauer um Raymund Hermes

Unternehmer verstorben

■ **Hamm.** Nur wenige Tage nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über die beiden Unternehmen Hermes Fleischwaren GmbH & Co. KG sowie Hermes Fleisch-Filialist GmbH ist Raymund Hermes im Alter von 81 Jahren gestorben. Wie das Unternehmen der RZ bestätigte, erlag der langjährige Geschäftsführer einer Herzattacke.

Schon im Vorfeld der Insolvenz, als eine Sanierung in Eigenverantwortung noch möglich schien, hatte Raymund Hermes unter anderem gesundheitliche Gründe für die Schiefelage des Traditionsunternehmens genannt. Die kurz vor Weihnachten zugespitzte betriebliche Situation belastete ihn zusätzlich, sagten Vertraute. Zuletzt zählte die Firma neben dem Stammsitz in Hamm 25 Filialen und einige Franchise-Nehmer zwischen Bonn und Herborn, mehr als 150 Mitarbeiter sind von der Insolvenz betroffen, an einigen Standorten geht der Betrieb weiter.

Raymund Hermes stammte in fünfter Generation aus einer Metzgerfamilie. Schon im Alter von 19 Jahren übernahm er den Familienbetrieb in Hamm, führte ihn durch unermüdlichen Einsatz zu bundesweiter Anerkennung und baute sozusagen als zweites Standbein auch einen wachsenden Immobilienbesitz auf.

Ein Großteil seiner knappen Freizeit widmete der Familienvater dem Brieffaubensport. Über viele Jahre war Raymund Hermes einer der erfolgreichsten Züchter. National und international erzielten seine Tiere immer wieder vordere Plätze. Daneben war Raymund Hermes auch ein Freund des Fußballs. Als einer von mehreren Großsponsoren hatte er einen nicht geringen Anteil an den erfolgreichen Zeiten des VfL Hamm, der damals in der Oberliga Südwest unterwegs war. *elm*



Raymund Hermes



Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/ak-land

Die Brisanz des Ärztemangels ist lange bekannt

Dr. Klaus Kohlhas, Obmann der Kreisärzteschaft von 2012 bis 2016, hat politische Gremien frühzeitig informiert – Kritik an Bernd Brato

Von unserem Redakteur
Andreas Neuser

Gebhardshain. „Den politischen Gremien des Kreises ist seit 2012 intensiv die Problematik des zukünftigen Landarztmangels dargestellt worden.“ Das verdeutlicht der Gebhardshainer Arzt Dr. Klaus Kohlhas, der von 2012 bis 2016 Obmann der Kreisärzteschaft war. Er reagiert damit auf die Diskussionen, die nun durch die Ende März anstehende Schließung der Betzdorfer Gemeinschaftspraxis Stephan Schmidt und Martin Kerschbaum geführt werden. „Bereits 2012 konnte ich als Kreisobmann in den vom Landrat angeregten Bürgermeisterdienstgesprächen mit den Verbandsbürgermeistern zweimal und zusätzlich in einem Treffen aller über 100 Bürgermeister und Ortsbürgermeister im Kreis die Brisanz der Problematik für die ländlichen Regionen darstellen. Dabei erlebte ich Landrat Michael Lieber als Kümmerer. Aber der Widerhall in den einzelnen Verbandsgemeinden war stark different.“

Hier reagiert Kohlhas vor allem auf die Aussage des Betzdorfer Bürgermeisters Bernd Brato, der Ende vergangener Woche gegenüber der Rhein-Zeitung gesagt hatte, dass er im Zusammenhang mit der ärztlichen Versorgung als Bürgermeister eher eine untergeord-

nete Rolle spiele. Brato sieht hier vor allem die Kassenärztliche Vereinigung (KV) in der Pflicht.

Für Kohlhas hat Brato damals eher eine „passiven Rolle“ gespielt. Denn vor dem Zusammengehen der Verbandsgemeinden Betzdorf und Gebhardshain lud der damalige Bürgermeister Konrad Schwan alle im Gesundheitssystem Tätigen zu einer konstruktiven Runde ins Rathaus in Gebhardshain ein. In dieser Runde mit über 30 Teilnehmern schied Herr Brato frühzeitig aus und konnte an der konstruktiven Diskussion nicht teilnehmen. Bei einem späteren Treffen im Juni 2018 mit dem betroffenen Hausarzt Dr. Schmidt und Dr. Kohlhas, wo eben die Problematik von Dr. Schmidt dezidiert erläutert wurde, war laut Kohlhas der Kommentar von Brato: „Ich mache hier nur weiter, wenn das direkt zu Ergebnissen führt!“

Für den Gebhardshainer Arzt Kohlhas stellt sich allerdings die Frage, wer im Zusammenhang mit der ärztlichen Versorgung liefern muss. „Wir als Ärzte oder doch viel mehr die Verwaltung bzw. die politische Seite?“

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV), verdeutlicht Kohlhas, sei eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes, die die gesetzesmäßige Organisation der ambulanten Versorgung übernehme und dabei der Aufsicht durch das Gesundheits-

ministerium unterstehe. Sie unterstütze auch die kommunalen Trägerschaften bei der Suche nach einem Arzt.

Schaue man bei der KV im Internet unter der Rubrik „Ort sucht Arzt“, so finde man bei Altenkirchen (gemeint ist der Kreis) Alsdorf verzeichnet. „Betzdorf ist hier aber trotz der brennenden Probleme nicht aufgelistet.“

Kohlhas ist der Auffassung, dass Kommunen durchaus etwas zur Förderung der Ärzteversorgung leisten können. So habe er damals einen Vorschlag an Bürgermeister Brato gemacht, dass in der Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain analog zum Kreis Siegen-Wittgenstein ein Stipendium für Medizinstudenten in Höhe von 500 Euro über einen Zeitraum der klinischen Semester auszuschreiben wäre (Hintergrund: der Kreis Siegen-Wittgenstein hat sechs Studenten im klinischen Semester).

Der Kostenpunkt dieser Maßnahme liege somit bei insgesamt rund 20 000 Euro. Diese Person müsste sich dann verpflichten, später in der Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain tätig zu sein. Doch hier habe es keine Reaktion des Bürgermeisters gegeben.

Blicke man über den Tellerrand hinaus, so gebe es die Möglichkeit einer Hausarztprämie von 100 000 Euro. Die Verbandsgemeinde As-



Dr. Klaus Kohlhas (Gebhardshain) war von 2012 bis 2016 Obmann der Kreisärzteschaft. Über den drohenden Ärztemangel, erzählt er, seien im politischen Bereich alle umfassend informiert gewesen. Archivfoto: Markus Döring

Kohlhas: Mit einer Kitaplatzgarantie lockt man keinen Arzt von Mainz nach Betzdorf

„Die Möglichkeiten im Kreis Altenkirchen waren sicherlich 2012, als wir von Seiten der Kreisärzteschaft erstmals auf den Landarztmangel hingewiesen haben, deutlich einfacher und kostengünstiger. Zur damaligen Zeit war den politischen Entscheidern im Kreis als eine der Ersten im Land das zukünftige Problem der ärztlichen Mangelversorgung im ländlichen Raum bekannt – durch die Kreisärzteschaft“, verdeutlicht Dr. Klaus Kohlhas.

Mittlerweile brenne es aber aller Orten (ob in der Eifel, im Westerwald oder aber auch in Ballungsgebieten wie in Koblenz und Mainz). Mit einer Kitaplatzgarantie locke man keinen Arzt mehr von Mainz nach Betzdorf. „Wahrscheinlich werden diese Prämien (Blick auf die VG Asbach) in Zukunft noch deutlich höher ausfallen müssen! Solche Niederlassungsprämien sind aber auch Wirtschaftsförderungen, da eine funktionierende Wirtschaft nur

in einem intakten sozialen Umfeld existieren kann. Sie sind auch Wirtschaftsförderungen in dem Sinne, dass jeder niederlassungswillige Arzt in der Regel zwischen drei und fünf Arbeitsplätze schafft. Die Hausarztprämie offenbart aber auch das Debakel der Landes- und auch der Bundespolitik zu Fragen der Versorgungsstruktur im ländlichen Raum. Die Kommunen müssen hierfür in Zukunft wahrscheinlich teuer bezahlen“, stellt Kohlhas fest.

bach habe damit vier Ärzte auf Land gelockt.

„Wir müssen die Prioritäten klären, müssen klären, wie wir akut aber auch in der Zukunft aufgestellt sein wollen, um in unserer Region Ärzte anzusprechen - dies auch mit deutlichen finanziellen Anreizen. Wer jetzt 100 000 Euro in die Hand nimmt, ist sicherlich gut beraten, denn meines Erachtens wird es eher

teurer werden, Ärzte auf Land zu locken und dauerhaft zu binden“, findet Kohlhas.

Brato hatte im Gespräch mit der Rhein-Zeitung auch betont, dass von einem Abiturjahrgang nur wenige Medizin studieren wollten. Richtig sei aber, so Kohlhas, „nur wenige können es, gerade in Rheinland-Pfalz, weil das SPD-geführte Ministerium seit Jahren kei-

ne Erweiterung der Studienplatzkapazitäten im Fach Humanmedizin in Rheinland-Pfalz vorsieht“.

Was die Bevölkerung sich von der Politik wünsche, so Kohlhas, „ist ein sich kümmern um die Situation. Was die Bevölkerung nicht hören will, ist, wenn die Frage der Zuständigkeiten und Kompetenzen nur weiter hin und her geschoben wird.“